

Fraktion

~~Dringliche~~ Interpellation SP/JUSO (Bernadette Häfliger (SP), Sara Schmid (SP))

Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet

Die Städte Basel, Zürich und Bern sind seit 2012 daran, den Ersatz ihrer Fallführungssoftware (FFS) für die Sozialhilfe und den Kindes- und Erwachsenenschutz gemeinsam umzusetzen. Dazu wurde von den drei Städten im Jahr 2014 sogar eigens der Verein CitySoftnet gegründet. 2018 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Bern für dieses Geschäft einen Kredit von 14,9 Millionen Franken gesprochen. Beim Projekt kam es in der Vergangenheit zu erheblichen Verzögerungen in der Realisierung. Insgesamt wurden die daraus resultierenden Mehrkosten letztes Jahr mit 19,6 Millionen Franken beziffert. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat für den Anteil, den die Stadt Bern übernehmen muss, einen Nachkredit zum Investitionskredit in der Höhe von 2,54 Millionen Franken beantragt. Dieser Nachtragskredit hat in der stadträtlichen Debatte im März 2023 parteiübergreifend zu Unmut geführt. Im Vortrag des Gemeinderats wurde bereits angekündigt, dass voraussichtlich auch ein Nachtragskredit auf den Verpflichtungskredit notwendig werden wird.

Gemäss Webseiten der Stadt Bern ist die Einführung der neuen FFS in der Stadt Bern im Juni 2023 erfolgt. Mit der neuen Software arbeiten neben dem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (Direktion SUE), der städtische Sozialdienst sowie das Kompetenzzentrum Arbeit (Direktion BSS) und damit rund 400 Mitarbeitende.

Die Software funktioniert nach der Einführung nicht in der gewünschten Form, was zu erheblichen Problemen bei der Durchführung des Tagesgeschäfts und somit zur massiven Verlängerung der Bearbeitungszeiten führt. Das hat gemäss Informationen anlässlich der Medienkonferenz vom 21. September 2023 einerseits zu Kündigungen und zu vermehrten Krankheitsfällen bei Mitarbeitenden geführt. Andererseits häufen sich Berichte, wonach durch die Probleme bei der Fallabwicklung auch die Klient:innen direkt betroffen sind. Offensichtlich haben unbezahlte Rechnungen in verschiedenen Fällen zu Androhungen von Betreibungen und gar zu Wohnungskündigungen geführt. Die betroffenen Menschen sind besonders verletztlich, da sie auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Der Gemeinderat hat das Parlament bzw. die zuständigen Kommissionen bisher nicht informiert. Aus diesem Grund soll die vorliegende Interpellation zusätzlich zur öffentlichen Kommunikation Klarheit verschaffen.

Wir ersuchen den Gemeinderat freundlich um Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Zeitraum können die Anwendungsprobleme definitiv behoben werden?
2. Können aktuell die Aufträge für die Klient:innen alle erledigt werden? Wenn nicht, welche nicht, warum nicht?
3. Wie viele Klient:innen waren/sind insgesamt von verzögerten Auszahlungen betroffen, und wie werden sie von der Stadt Bern unterstützt?
4. Wie viele Kündigungen und/oder Krankheitstage sind direkt oder indirekt auf die Probleme bei der Einführung von CitySoftnet zurückzuführen?
5. In welchem Zeitraum können die kommunizierten Unterstützungsmassnahmen für die Mitarbeitenden der Stadt Bern umgesetzt werden?
6. Welche Kosten löst die Behebung der technischen Probleme aus?

Bern, 21. September 2023

B. Häfliger (144) Jan Schmid (163) C. Bink (141) S. (140)
 J. Noll (146) N. Krümmen (143) W. (138) B. Häfliger (150)
 B. Häfliger (145) M. Jull (142) J. (139) (154) K. W. (154)

Begründung der Dringlichkeit: Die oben genannten Probleme mit Zahlungsverzögerungen können schnell schwere Nachteile für die Betroffenen haben. Zudem ist das Personal der betroffenen Ämter derart belastet, dass sich Krankheitsfälle häufen. Eine umfassende Kommunikation kann das Verständnis für die aktuelle Situation erhöhen und damit Massnahmen beschleunigen, um auftretende Probleme umgehend anzugehen.

(153) (149) F. (152) C. (151)

dra M (148)

D. Biffer (162)

i. Fink (161)

N (160)

B. Keller (147)